

Rede anlässlich des Landesverbandstages
des Sozialverbands VdK Saarland e. V.
am 25. Mai 2016 in Illingen

von

Ulrike Mascher

Präsidentin des Sozialverbands VdK Deutschland e. V.

- Es gilt das gesprochene Wort -

(Anrede)

Sehr geehrte Damen und Herren,

herzlichen Dank für Ihre Einladung und Ihre freundliche Begrüßung heute in Illingen.

„Unabhängig, solidarisch, stark“ lautet das Motto Ihres Landesverbandstages 2016. Der VdK Saarland versteht sich als Verband, der sich auch um Menschen mit Behinderung, chronisch Kranke, Pflegebedürftige und Familien kümmert. Soziale Gerechtigkeit und Empathie leiten die Haupt- und Ehrenamtlichen, die sich um die gut 41.000 Mitglieder an der Saar kümmern. Die positive Mitglieder-Entwicklung bei Ihnen, wie auch beim VdK insgesamt, ist für uns alle Ansporn, für unsere Mitglieder und deren Rechte zu kämpfen. Und genauso machen die Erfolge der letzten Zeit auf politischer Ebene den Verband attraktiv: zu den Erfolgen des VdK zählt auch das hartnäckige Werben für den gesetzlichen Mindestlohn. Die Bundeskanzlerin steht nach eigenen Worten zu dessen Einführung und wir vom VdK erwarten, dass er nicht nur bleibt, sondern schrittweise angehoben wird. Er ist ein wichtiges Instrument gegen Armut allgemein und vor allem gegen die zunehmende Altersarmut. Es liegt doch auf der Hand: Wenn wir die Altersarmut für künftige Generationen vermeiden wollen, dann müssen prekäre Beschäftigungsverhältnisse, wie zum Beispiel Minijobs, die oft genug zur Armutsfalle für Frauen werden, eingedämmt werden.

Neben den (alleinerziehenden) Frauen sind besonders Kinder einem erhöhten Armutsrisiko ausgesetzt. Wenn hier die Politik nicht schnell eingreift, wächst eine verlorene Generation heran, die als Erwachsene ins soziale Abseits zu geraten drohen. Die seelischen Belastungen für arme Familien sind neben den finanziellen gravierend: Die Betroffenen verschwinden regelrecht aus dem öffentlichen Leben. Schulausflüge, Geburtstagsfeiern, Besuche im Café oder Kino sind meist nicht mehr möglich, das Schamgefühl nimmt zu, Einsamkeit und Depressionen sind oft die Folgen. Wie drastisch sich die Schere zwischen Arm und Reich inzwischen geöffnet hat, zeigt eine aktuelle Studie des

Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung: Die reichsten ein Prozent der Haushalte in der Bundesrepublik besitzen 33 Prozent der Vermögen. Noch drastischer wird es an der Spitze: das oberste Promille (das sind ungefähr 40.000 Haushalte) halten mehr als 17 Prozent des Reichtums. Die an der aufschlussreichen Studie beteiligten Forscher sehen in der extremen Ungleichverteilung der Vermögen bei uns ein spezifisch deutsches Problem – im Gegensatz zum Beispiel zu Frankreich oder Spanien. So lag 2014 die vom Statistischen Bundesamt errechnete Armutsgefährdungsschwelle im Saarland bei 890 Euro monatlich für einen Ein-Personenhaushalt und bei 1.870 Euro pro Monat für Mehrpersonen-Haushalte. Die Wissenschaftler ziehen als Lösung des Problems den Schluss: Wiedereinführung einer reformierten Erbschaftssteuer. Der VdK ist der Forschung hier voraus: Wir brauchen auch die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer wie in anderen europäischen Ländern.

Für einen Satz wie „Die Rente ist sicher“ fiele die Zustimmung der Mehrheit in der Bevölkerung heute sicherlich sehr verhalten aus. Eine Kernforderung des VdK, „Die Rente muss zum Leben reichen“, hat jedoch nichts von ihrer Gültigkeit verloren, sie ist aktueller denn je. Die jüngsten Zahlen zur Armut im Alter sind besorgniserregend. Schon 2008 hat der VdK in seiner bundesweiten „Aktion gegen Armut“ auf die zunehmende Altersarmut hingewiesen. Sie betrifft vor allem ältere Frauen, die beispielsweise wegen Kindererziehung oder der Pflege eines Angehörigen kaum oder gar nicht in die Rentenkasse einzahlen konnten. Und grundsätzlich trifft es auch die Erwerbsminderungsrentner hart, unter ihnen besonders die Neuzugänge, die wegen Unfällen oder schwerer Erkrankungen aus dem Erwerbsleben gerissen wurden. Bei Frauen im Westen liegt für die Rentenzugänge 2014 der durchschnittliche Zahlbetrag bei 594 Euro und im Osten bei 662 Euro. Und auch bei den Männern sieht es hier ähnlich düster aus. Dass diese Renten nicht zum Leben reichen, das dürfte hoffentlich allen klar sein.

Knapp jeder Vierte geht vorzeitig in Altersrente und nimmt dabei niedrigere Bezüge in Kauf. Nach den jüngsten Zahlen gingen 2014 rund 197 000 Menschen mit Abschlägen in Altersrente, das entspricht einem Anteil von 23,9 Prozent an allen Arbeitnehmern, die in den Ruhestand wechselten. Laut Bundesarbeitsministerium mussten diese Gruppe im Durchschnitt 23,47 Abschlagsmonate hinnehmen, was umgerechnet einem durchschnittlichen prozentualen Abschlag in Höhe von etwa 7 Prozent entspricht. Dies zeigt, dass etliche früher in Rente gehen wollen oder wegen körperlicher Erschöpfung müssen.

Daher könnte man die jüngsten Vorschläge aus den Reihen der Union, das Renteneintrittsalter schrittweise auf 70 Jahre zu steigern bzw. den Renteneintritt an die Lebenserwartung zu koppeln, als verspäteten Aprilscherz bezeichnen. So wird das nicht funktionieren, da es schlichtweg an den Rahmenbedingungen fehlt. Es ist doch schon schwierig genug für Menschen, die über 60 sind, ihren Arbeitsplatz zu halten oder einen neuen zu finden. Sei es aus gesundheitlichen Gründen oder weil sie Firmen „zu alt und bzw. oder zu teuer“ geworden sind. Und es gibt körperlich so anstrengende Berufe, wie zum Beispiel auf dem Bau, in der Schwerindustrie und nicht zu vergessen all die Pflegekräfte, Erzieherinnen und Erzieher, bei denen es ganz sicher nicht bis 70 geht.

Daher stellen wir mit Blick auf die Bundestagswahl 2017 die Rente noch stärker in den Mittelpunkt unserer Arbeit und werden nicht nachlassen, mit folgenden Forderungen eine künftige Bundesregierung weiter zu konfrontieren:

Derzeit liegt das Verhältnis des Renteneinkommens zum früheren Arbeitseinkommen bei rund 48 Prozent. Es könnte nach aktueller Gesetzeslage bis 2030 auf 43 Prozent sinken. Wir müssen daher das Rentenniveau auf dem heutigen Stand zumindest stabilisieren. Auch die Dämpfungsfaktoren in der Rentenformel müssen endlich fallen. Darüber hinaus muss die Rente wieder parallel zu Löhnen und Gehältern steigen. Wir

brauchen weitere Maßnahmen, wie beispielsweise einen monatlichen Freibetrag im Bereich der Grundsicherung in Höhe von 100 Euro, damit die Verbesserung beispielsweise bei der Mütterrente auch bei den armen Rentnerinnen tatsächlich ankommt. Die Bewertung von Zeiten der Arbeitslosigkeit oder die verbesserte Anrechnung von Zeiten der Kindererziehung und der Pflege von Familienangehörigen sollten weitere Maßnahmen sein. Zumindest hat der VdK mit seinem beharrlichen Bohren des „dicken Brettes Rente“ eine größere Aufmerksamkeit gegenüber dem Thema bei maßgeblichen Politikern wie Sigmar Gabriel und Horst Seehofer erreicht: Fast könnte man sagen, sie steuern auf VdK-Kurs.

Meine Damen und Herren,

ein weiterer Erfolg des VdK sind die Verbesserungen im Pflegestärkungsgesetz II, in dem ein neuer Pflegebedürftigkeitsbegriff eingeführt wurde, nach langen Jahren des Kampfes dafür. Dieser ganzheitliche Pflegebegriff bezieht seelische, geistige und körperliche Einschränkungen ein und bringt Demenzpatienten, die körperlich noch einigermaßen fit sind, erstmals finanzielle Leistungen aus der Pflegeversicherung. Es gibt vonseiten des VdK zwar noch einiges zu kritisieren und lassen Sie mich bitte hier den so genannten Vorsorgefonds nenne, in dem jährlich 2,5 Milliarden Euro aus den Beiträgen der Pflegeversicherung „geparkt“ bzw. am Kapitalmarkt angelegt werden, statt sie den Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen zukommen zu lassen.

Wie wichtig unser Einsatz für die Pflege ist, zeigt sich am konkreten Beispiel des Saarlands. Nach Berechnungen des Statistischen Landesamts waren 2015 34.000 Saarländerinnen und Saarländer pflegebedürftig. Bis 2030 werden 40.000 Pflegebedürftige erwartet, was eine Steigerung 34,8 Prozent gegenüber 2007 bedeutete. Die Prognosen für die Zeitspanne bis 2050 lassen weitere Steigerungen erwarten. Darunter werden viele Menschen mit Demenz sein. Für ganz Deutschland rechnet die Deutsche Alzheimer Gesellschaft bis

2050 mit drei Millionen Betroffenen, von denen rund jeder Dritte älter als 90 Jahre sein wird.

Zu einer guten Pflege gehören natürlich gut ausgebildete, motivierte Pflegekräfte. Daran mangelt es aber, was nicht an den Pflegerinnen und Pflegern liegt, sondern an einer nach wie vor zu geringen Wertschätzung des Berufs, einer zu schlechten Bezahlung, zu viele bürokratische Aufgaben und zu geringen Entwicklungsmöglichkeiten. Dass es eine Reform der Ausbildung geben soll, ist grundsätzlich begrüßenswert. Dass die Altenpflegeausbildung auch in der ambulanten Pflege stattfinden darf, ist ein richtiger Schritt. Darüber hinaus sollen die Weichen gestellt werden für eine gemeinsame Ausbildung in der Alten- und in der Krankenpflege. Das Saarland gibt mit seinen Pflegestützpunkten in jedem Kreis ein gutes Beispiel, wie eine gute Pflegeberatung in allen Bundesländern aussehen sollte. Mit seinem Pflegeexperten hat der VdK Saarland einen kompetenten Ansprechpartner für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen.

Eine Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger möchte auch im Alter in den eigenen vier Wänden leben. Dafür braucht es oft barrierefreien Wohnraum. Ein Thema, mit dem sich der VdK seit langem beschäftigt. Und wir haben in den letzten Jahren auf Kongressen und Podiumsgesprächen die barrierefreie Gesellschaft gefordert. Aber wenige Veränderungen geschehen ohne einen gewissen Druck, so dass der VdK in diesem Jahr eine Kampagne für Barrierefreiheit ins Leben gerufen hat. „Weg mit den Barrieren“ heißt die Losung und selbstverständlich möchten wir den Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft Druck machen, damit wir dem Ziel eines barrierefreien Deutschlands ein ganzes Stück näher kommen. Wir erhalten viel Zuspruch, der sich in bisher rund 30.000 Unterschriften manifestiert. Wir erhalten aus allen Altersgruppen viel Beifall für die Kampagne, sowohl von unseren Mitgliedern als auch von Menschen, die mit unseren Forderungen sympathisieren.

Zitate wie: *„Eine notwendige und tolle Initiative!“*, *„Eine ausdrucksstarke und wirkungsvolle Plakatserie. Respekt!“* oder *„Ich bin seit mehreren Jahren VdK-Mitglied und von der Aktion ‚Weg mit den Barrieren‘ sehr begeistert“* stehen beispielhaft für die Zustimmung, die uns bisher erreicht hat. Vor allem für Menschen mit Behinderung ist dies eine Ermutigung, ist doch eine barrierefreie Umgebung für sie besonders wichtig. Deutschland ist vertraglich auch den Maximen der UN-Behindertenrechtskonvention verpflichtet: Selbstständigkeit und Teilhabe ermöglichen und in Würde leben.

Rollstuhlfahrer sind sichtbar, wir erkennen ihre Einschränkung sofort. Und doch gibt es immer noch Reaktionen wie: *„Ich sitze doch nicht im Rollstuhl! Barrierefreiheit – was geht mich das an?“* Und es sind nicht allein die Rollstuhlfahrer, es sind auch Ältere oder zeitweise in ihrer Mobilität eingeschränkte Menschen oder auch Eltern, die mit ihren Kinderwagen behindert werden. Barrierefreiheit betrifft also viel mehr Menschen als man denkt: Zehn Prozent der Bevölkerung sind aufgrund von schweren körperlichen Beeinträchtigungen zwingend auf Barrierefreiheit angewiesen. Für weitere 30 bis 40 Prozent ist Barrierefreiheit erforderlich, zum einen wegen dauerhafter Einschränkungen, zum anderen wegen vorübergehender Handicaps, die sich auch in Form eines zu schiebenden Kinderwagens, eines Gipsverbandes am Fuß oder eines schweren Gepäckstücks zeigen können.

Dazu erreichten uns Zuschriften wie die eines Elternpaares aus Saarbrücken: *„Das schlimmste sind für uns mit Kinderwagen Bahnhöfe ohne Rolltreppen, da die Aufzüge oft defekt sind, wie bei uns in Saarbrücken. Selbst bei neu sanierten Bahnhöfen wurde da oft gespart.“* Für 100 Prozent der Bevölkerung ist Barrierefreiheit schlicht und einfach hilfreich. In Zukunft wird das Thema weiter an Bedeutung gewinnen: Es wird mehr ältere Menschen, mehr Menschen mit Einschränkungen und damit mehr Wähler und Kunden geben, die auf Barrierefreiheit angewiesen sind.

Wie wichtig das schon lange ist, hat uns die renommierte Gerontologin Prof. Dr. Ursula Lehr in einer Zuschrift zu unserer Kampagne deutlich gemacht, die

ich hier zitieren darf: *„Ich bin begeistert von Ihrer Initiative der Kampagne Weg mit den Barrieren. Das ist ein Thema, das ich seit Jahrzehnten predige, weil wir aufgrund unserer ersten Altersuntersuchungen an der Uni Bonn schon damals nachweisen konnten, wie weit Barrieren den Lebensraum mit zunehmendem Alter immer mehr einschränken können.“*

Die von mir zitierten Zuschriften stehen stellvertretend für Millionen Bürgerinnen und Bürger. Barrierefreiheit betrifft also viel mehr Menschen als man denkt, und Barrieren sind vielgestaltig in ihren Auswirkungen: Sie schließen viele Menschen von einer gleichberechtigten gesellschaftlichen Teilhabe aus, Barrierefreiheit dagegen schadet niemandem. Speziell für unsere Kampagne haben wir eine „Landkarte der Barrieren“ eingerichtet. Bereits über 1300 Barrieren sind seit dem Start der Kampagne im Januar eingetragen worden. Darunter sind insbesondere Straßenbahn-, S-Bahn- sowie U-Bahn-Höfe und Bushaltestellen. Am häufigsten bemängelt werden problematische Zustiege zu Bus, Tram und Bahn sowie fehlende oder defekte Aufzüge zu den Bahnsteigen. Fast jede zweite gemeldete Barriere hat mit dem öffentlichen Nahverkehr zu tun, etwa jede dritte betrifft die Deutsche Bahn. Zwar sind große Hauptbahnhöfe oft bereits barrierefrei fertiggestellt oder der Umbau ist in Planung, während die Reisenden bei kleineren Stationen noch auf massive Probleme stoßen.

Zu einem selbstbestimmten Leben gehört ganz klar auch ein barrierefreies Wohnumfeld. Es fehlen jedoch oft Wohnungen ohne Stufen, mit breiten Türen, einer bodengleichen Dusche und ausreichend Bewegungsflächen. Aktuell sind nur fünf Prozent aller Seniorenhaushalte altersgerecht ausgestattet, obwohl jeder Vierte im Alter motorische Einschränkungen hat. Um hier deutliche Verbesserungen zu erreichen sollten aus Sicht des VdK die Mittel, die der Bund den Ländern als Ausgleich für den Wegfall früherer Finanzhilfen bei der sozialen Wohnraumförderung zahlt, spürbar erhöht werden. Dafür müssen sich die Länder jedoch verpflichten, diese Mittel zweckgebunden für den barrierefreien und -reduzierenden Um- und Neubau sowie für neue

Sozialbindungen zu verwenden. Außerdem sollte das KfW- Programm „Altersgerecht Umbauen“ auf 200 Millionen Euro im Jahr aufgestockt werden.

Neben dem Verkehrs- und Wohnungsbereich sind Arztpraxen Barrierefallen für viele Menschen. So sind 78 Prozent der Allgemeinarztpraxen in Deutschland nicht ebenerdig zugänglich. Und sogar in Krankenhäusern oder Pflegeheimen ist Barrierefreiheit keinesfalls selbstverständlich. Wir fordern daher, dass Arztpraxen barrierefrei umgebaut werden müssen. Dazu ist eine sofortige Bereitstellung eines eigenen KfW-Förderprogramms in Höhe von 80 Millionen Euro im Jahr notwendig. Erfreulicherweise schwenkt die Kassenärztliche Bundesvereinigung inzwischen auf unseren Kurs ein. Alle in der Gesellschaft sind aufgerufen, Barrieren abzubauen. Daher darf es nicht sein, dass die Privatwirtschaft außen vor bleibt. Anbieter privater Güter und Dienstleistungen wie Gaststätten, Supermärkte, Ärzte, aber auch Internetportale und private Fernsehsender müssen ausnahmslos zur Barrierefreiheit verpflichtet werden.

Der VdK fordert ein Investitionsprogramm der Bundesregierung von 800 Millionen Euro pro Jahr. Ergänzende Programme in den Bundesländern und Kommunen können eine barrierefreie Gesellschaft ermöglichen. Die damit verbundenen Investitionen kurbeln die Wirtschaft an und sparen, allein durch die Vermeidung von Heimpflege, Sozialausgaben in Milliardenhöhe. Bei unserer Kampagne geht es also keineswegs um Nischen- oder gar Luxusprobleme, die man beseitigen kann, aber doch nicht unbedingt muss. Barrierefreiheit ist nicht allein eine physische Aufgabe, sie geht darüber hinaus und betrifft alle Lebensbereiche insbesondere von Menschen mit Behinderung: Wir brauchen eine Barrierefreiheit in einem umfassenden Sinn.

Daher hat der VdK energisch auf entsprechende Verbesserungen im Behindertengleichstellungsgesetz hingewirkt. Es geht aber in nur in sehr kleinen Schritten vorwärts. Menschen mit Behinderung müssen auch weiterhin auf eine echte Verwirklichung ihrer Rechte warten. Mit der Unterzeichnung der UN-Behindertenrechtskonvention hat sich die Bundesrepublik zwar bereits

2009 verpflichtet, geeignete Maßnahmen für eine inklusive Gesellschaft zu treffen und damit die Gleichstellung mit anderen Menschen sicherzustellen.

Leider ist darin aus Sicht des VdK im Gesetzentwurf für ein Bundesteilhabegesetz nicht zu erkennen, dass die eigenverantwortliche und selbstbestimmte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben von Menschen mit Behinderung wesentlich verbessert wird. In der Koalitionsvereinbarung hat die Bundesregierung allerdings 2013 versprochen, dass sie die Menschen, die aufgrund einer wesentlichen Behinderung nur eingeschränkte Möglichkeiten der Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft haben, aus dem bisherigen „Fürsorgesystem“ herausführen und die Eingliederungshilfe zu einem modernen Teilhaberecht weiterentwickeln werde. Dieses Versprechen wurde bisher kaum erfüllt.

Es ist vor allem nicht hinnehmbar, dass der Personenkreis, der Leistungen der Eingliederungshilfe in Anspruch nehmen darf, möglicherweise eingeschränkt wird. Die neuen Hürden sind hoch und wir befürchten, dass viele Menschen, die heute leistungsberechtigt sind, zukünftig von Leistungen ausgeschlossen werden können. So zum Beispiel bei einer Beeinträchtigung der Sinne oder der Psyche. Leistungsverschlechterungen werden wir aber nicht akzeptieren.

Außerdem dürfen wir nicht hinnehmen, dass die Einkommens- und Vermögensgrenzen für erwerbstätige Menschen mit Behinderung bestehen bleiben sollen. Diese Grenzen sind für Menschen mit Behinderung immer eine Barriere, die sie an einem selbstständigen und selbstbestimmten Leben hindert. Zwar ist die Anhebung der Vermögensgrenzen ein erster Schritt, aber sie reicht bei weitem nicht aus. Wir werden versuchen, noch Verbesserungen durchzusetzen und weiter auf die politisch Verantwortlichen einwirken – auf Bundes- wie auf Landesebene im Saarland. Der VdK Saarland geht bei der Inklusion mit guten Ideen voran: Durch die Gründung eines „Inklusions-Chor“ für Kinder und Jugendliche zwischen 6 bis 18 Jahren – mit und ohne Behinderung – setzt er ein ermutigendes Zeichen. Für dieses vorbildliche Projekt wünsche ich dem VdK weiterhin viel Erfolg!

Meine Damen und Herren,

auf einem guten Kurs steuert der Landesverband Saarland. Mit seiner „Sozialen Agenda 2020“ trifft er den Nerv der Zeit: Seien Sie weiter unbequem und engagieren Sie sich mit dem VdK für sozialen Ausgleich und Gerechtigkeit. Die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben aller ist ein wichtiges Kriterium sozialer Gerechtigkeit – und sie betrifft jede und jeden. Wenn wir uns die jüngsten Entwicklungen in unserem Land und jenseits der Grenzen anschauen, dann ist das Ziel, soziale Gerechtigkeit zu erreichen von einer andauernden Aktualität. Ihnen allen wünsche ich einen erfolgreichen Landesverbandstag 2016 und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.